

KLASSE 6X Im Aufklärungsunterricht geht es in der sechsten Klasse primär um Biologisches – aber auch um Gefühle wie die erste Verliebtheit. Seite 21

BERN

BERN/THUN Zwei irakische Musiker haben bei hiesigen Instrumentenbauern handwerklichen Anschauungsunterricht erhalten. Seite 27

Die Renaissance der Segregation

SVP-Grossrätin will fremdsprachige und leistungsschwache Schüler separieren statt integrieren – Gegenseite zittert

Wollen wir Kinder, die aus der Norm fallen, integrieren oder separieren? Links und Rechts haben sich diesbezüglich in den letzten Jahren angenähert. Doch nun bläst eine SVP-Grossrätin zum Sturmangriff auf den Kompromiss.

RETO WISSMANN

In Stettlen ist jedes vierte Kind, das dieses Jahr eingeschult wurde, eigentlich nicht schulfähig und besucht daher die Einführungsklasse. Dort haben die Kinder zwei Jahre Zeit, um den Stoff des ersten Schuljahres zu bewältigen. Stettlen mag ein extremes Beispiel sein, widerspiegelt aber dennoch eine Tendenz: Kinder mit Lernschwierigkeiten, sprachlichen Problemen oder Verhaltensauffälligkeiten werden zunehmend von den «normalen» Kindern separiert und in Kleinklassen eingeteilt. Die Zahl der Einführungsklassen zum Beispiel hat in den letzten zehn Jahren um 40 Prozent zugenommen. Im Kanton Bern besuchen fast 6000 Kinder oder fünf Prozent aller Schülerinnen und Schüler eine Sonderklasse oder eine Sonderschule. Ausländer und Kinder aus sozial schlechter gestellten Milieus sind in dieser Gruppe besonders gut vertreten.

Um diese Tendenz zu stoppen und die Chancengleichheit der Kinder zu verbessern, hat der Grosse Rat 2001 den Integrationsartikel im Volksschulgesetz angepasst (siehe Kasten). Im April dieses Jahres hat das Kantonsparlament die Zielsetzung in der Bildungsstrategie bestätigt, sich aber das aussergewöhnliche Recht herausgenommen, vor der Umsetzung nochmals darüber zu befinden.

Trotzdem bläst nun aber die amtsjüngste SVP-Grossrätin zum Sturmangriff auf den Integrationsartikel. Noch vor ihrer Vereidigung Mitte November hat Sabina Geissbühler aus Herrerschwand eine Motion eingereicht. Darin fordert sie den «Stopp der Integration von Kindern mit Defiziten in Regelklassen». Für «fremdsprachige, verhaltensauffällige und schulleistungsschwache Kinder» sei eine Integration erst möglich, wenn diese ihre Defizite behoben hätten. Und weiter: «Die Tendenz der letzten Jahre, Schülerinnen und Schüler mit Defiziten in Regelklassen schulen zu lassen, hat zu einer Qualitätseinbusse unserer Volksschule geführt.» Geissbühler bezieht sich dabei vor allem auf Erfahrungen aus der Stadt Bern, wo Integration gross geschrieben wird. Faktisch würde

die Annahme von Geissbühlers Motion die Streichung des Integrationsartikels bedeuten. «Wir müssen stoppen, was jetzt läuft», sagt Geissbühler gegenüber dem «Bund». Der Grosse Rat habe etwas beschlossen, ohne sich über die Auswirkungen im Klaren zu sein.

«Der Vorstoss macht uns Sorgen»

Obschon die Motion der Musik- und Sportlehrerin ziemlich quer in der Politlandschaft steht, zittern die Befürworter einer stärkeren Integration davor. «Der Vorstoss macht uns Sorgen», sagt SP-Grossrätin Irene Hänsenberger, der als Präsidentin des Berufsverbands

Lehrerinnen und Lehrer Bern und als künftigen Leiterin des stadtbäuerlichen Schulamts das Thema am Herzen liegt. Die Pisa-Studie habe gezeigt, dass es mit der Chancengleichheit im Kanton Bern nicht zum besten stehe. «Die Annahme der Motion wäre ein grosser Schritt zurück», so Hänsenberger. Dass der Grosse Rat diese Kehrtwende vollziehen könnte, traut sie ihm, durchaus zu. Der Druck von bürgerlichen Befürwortern einer stärkeren Selektion und von Lehrkräften, die sich vor Überforderung fürchteten, sei vorhanden.

Bei der SVP wurde man vom Vorstoss des neuen Fraktionsmitglieds

überrascht. Obschon auch Geissbühler in der SVP-Bildungskommission sitzt, kennt deren Präsident, Werner Hostettler, noch nicht einmal den Wortlaut der Motion. Er bringt Geissbühlers Anliegen aber durchaus Sympathie entgegen. «Wir haben gegen die Abschaffung der Kleinklassen gekämpft», sagt der Reallehrer. «Es gibt Kinder, die einen geschützten Rahmen brauchen.» In der Praxis lasse sich die Forderung Geissbühlers aber «nicht so strass» umsetzen.

In der FDP ist die Stimmung ähnlich. «Einige bei uns wollen den Integrationsartikel am liebsten kippen», sagt Leonhard Cadet,

Präsident der FDP-Bildungskommission. Die Haltung der Partei sei aber klar: «Integration ist uns sehr wichtig. Die Lehrkräfte dürfen aber nicht überfordert werden und der Integrationsartikel muss mit Augenmass umgesetzt werden.»

Keine Freude an Geissbühlers Motion hat die Erziehungsdirektion. «Es ist schwierig, wenn wir alle paar Jahre einen neuen Auftrag erhalten», sagt Max Suter, Vorsteher des Volksschulamtes. Auch Generalsekretär Robert Furrer warnt vor einem Ja zur Motion: «Eine völlige Segregation wäre nicht finanzierbar und würde die Chancengleichheit massiv beeinträchtigen.»

Geld soll künftig nach Sozialindex verteilt werden

Wieviel Integration darfs denn sein? Über diese Frage wird im Kanton Bern seit mindestens vier Jahren gestritten. Bei der Revision des Volksschulgesetzes 2001 hat sich der Grosse Rat auf einen Kompromiss geeinigt und die bisherige weitgehende Integration möglichst aller Kinder in Regelklassen abgeschwächt. «Schülerinnen und Schüler, deren schulische Ausbildung durch Störungen und Behinderungen oder durch Probleme bei der sprachlichen oder kulturellen Integration erschwert wird, und solchen mit ausserordentlichen Begabungen soll in der Regel der Besuch der ordentlichen Bildungsgänge ermöglicht werden», heisst es nun im Volksschulgesetz.

Was das genau bedeutet, muss die Erziehungsdirektion per Verordnung regeln. Die erste Fassung hat aber nicht einmal die Mitwirkung überlebt. Die zweite Fassung ist noch immer in Arbeit. Voraussichtlich im Frühling 2006 werde die Verordnung verabschiedet und bis 2009 von den Gemeinden umgesetzt, sagt Max Suter, Vorsteher des Volksschulamtes.

Gegenüber dem «Bund» skizziert Suter auch bereits, was Integration im Kanton Bern künftig bedeutet: Das Ziel ist eine «begrenzte

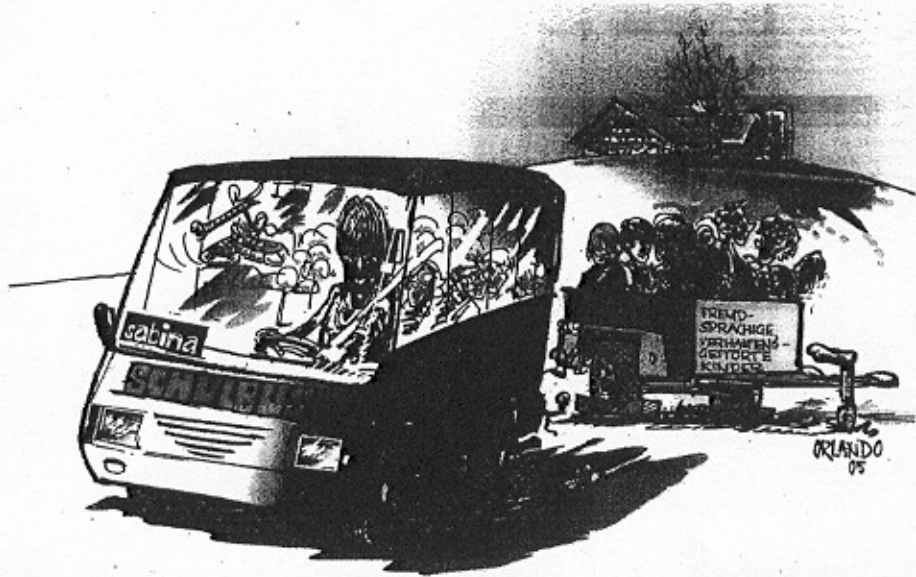
Integration» der Kinder in Regelklassen. Kleinklassen wird es weiterhin geben, jedoch weit weniger als heute. Verstärkt werden soll künftig die Unterstützung von fremdsprachigen Kindern, und neu hinzu kommen Fördermassnahmen für besonders Begabte.

Kanton Zürich als Vorbild

Wie weit die einzelnen Gemeinden mit der Integration gehen, bleibt weitgehend ihnen überlassen. Ob sie mit dem zugeteilten Geld Kleinklassen führen oder Fördermassnahmen in den Regelklassen finanzieren, entscheiden sie selber. Neu sollen die Gelder für

«sonderpädagogische Massnahmen» aber nicht mehr nach dem Glesskannnenprinzip, sondern nach einem Sozialindex verteilt werden. Dabei nimmt sich Bern den Kanton Zürich zum Vorbild. Dieser berechnet für jede Gemeinde die soziale Belastung nach Merkmalen wie Arbeitslosenquote oder Ausländeranteil – je grösser die soziale Belastung, desto grösser die Unterstützung.

Derzeit gibt der Kanton Bern rund 110 Millionen Franken für Kleinklassen, Spezialunterricht und Sprachförderung aus. Dieser Betrag soll ab 2009 um 11 Millionen aufgestockt werden. (rw)



KOMMENTAR

Radikallösung taugt nichts

RETO WISSMANN

Die amtsjüngste SVP-Grossrätin Sabina Geissbühler will Kinder, die nicht genügend Deutsch können, den Schulbetrieb stören oder mit dem Unterrichtstempo nicht mitkommen, konsequent von den «normalen» Schülerinnen und Schülern separieren. Was Grosse Rat und Verwaltung dazu in intensiven Verhandlungen bisher vorgeschurt haben, ist ihr egal.

So undifferenziert die Forderung ist und so quer sie auch in der politischen Landschaft stehen mag, Sabina Geissbühlers Motion muss ernst genommen werden. SVP und FDP haben schon lange klar gemacht, dass sie mit dem Integrationsgedanken nicht viel anfangen können und der konsequenten Umsetzung des Integrationsartikels im Volksschulgesetz nichts abgewinnen können. Dass das bürgerlich dominierte Kantonsparlament mit einem Ja zu Geissbühlers Motion einen Entscheid, den es noch vor wenigen Monaten selber bestätigt hat, rückgängig machen könnte, ist somit nicht ausgeschlossen.

Damit stünde der Kanton Bern bezüglich Integration in den Schulen vor einem Scherbenhaufen. Das mühsame Ringen um einen Kompromiss zwischen Segregation und Integration wäre vergeblich gewesen. Dabei tönen

Etwas hat die Pisa-Studie eindeutig gezeigt: Die Unterschiede zwischen den besten und den schlechtesten Schülern sind zu gross.

gerade die neusten Vorschläge aus der Erziehungsdirektion vielsprechend. Sie will den einzelnen Schulen und Gemeinden nicht mehr vorschreiben, wie weit sie mit der Integration gehen müssen, sondern stellt ihnen nur noch die Mittel für die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen zur Verfügung. Verpflichtend bleibt aber für alle das übergeordnete Ziel: Die Chancengleichheit muss verbessert werden. Denn etwas hat die Pisa-Studie eindeutig gezeigt: Die Unterschiede zwischen den besten und den schlechtesten Schülerinnen und Schülern sind im Kanton Bern einfach zu gross.

Die Vorschläge der Erziehungsdirektion sind weniger ein Bekenntnis zum Integrationsgedanken als zur Idee der teilautonomen Schulen. Die Erziehungsdirektion erklärt damit, dass es unterschiedliche Formen gibt, mit «schwierigen» Kindern umzugehen, und dass es den Lehrer-Kollegen der einzelnen Schulen und den Gemeinden zuzutragen ist, die geeignetste selber zu finden. Auf solch radikale Lösungen, wie sie Grossrätin Sabina Geissbühler vorschlägt, werden sie sicher nicht kommen.